



**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Grunde-Brunner/Juckel

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0054/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Keine Kürzungen am bezirklichen Integrationsfonds!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen dafür einzusetzen, dass der bezirkliche Integrationsfonds über das Jahr 2022 hinaus in der derzeitigen Höhe von insgesamt 9,2 Mio. Euro erhalten bleibt, um die weiterhin erforderlichen, bezirklichen Strukturen für die Unterstützung des Ankommens Geflüchteter und den langfristigen Integrationsprozess im Sozialraum zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe abzusichern.

Der BVV ist zum 10.03.2022 zu berichten.

Begründung:

Der bezirkliche Integrationsfonds als Teil des Gesamtkonzepts für Partizipation und Integration der Senatsverwaltung wurde mit dem Ziel entwickelt, in den Bezirken Strukturen für den Prozess des Ankommens und den langfristigen Integrationsprozess im Sozialraum zu befördern. Dazu zählen die Verstärkung des bestehenden Angebots sowie eine bessere Anpassung der Regelstrukturen an die Bedarfe von Geflüchteten im Sinne einer interkulturellen Öffnung. Die finanzierten Strukturen und Projekte richten sich zielgruppenübergreifend an Geflüchtete, bereits länger ansässige Anwohner:innen sowie Einrichtungen, die zur Integration und Partizipation Geflüchteter beitragen.

Die Zukunft des bezirklichen Integrationsfonds über das Jahr 2022 hinaus ist bisher nicht gesichert. Berlin wird aber auch in den nächsten Jahren ein Ort des Ankommens von Geflüchteten bleiben. Gemeinsam mit über 280 anderen Kommunen hat sich die Stadt zum Sicheren Hafen für Menschen auf der Flucht erklärt. Dieses elementare humanitäre Engagement muss auch auskömmlich finanziert werden. Mit der Fortfinanzierung des Integrationsfonds sichern wir die über Jahre gewachsenen Willkommensstrukturen im Bezirk und ermöglichen Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte das

Ankommen, Kennenlernen und nicht zuletzt die Partizipation in einer Gesellschaft im stetigen Wandel.